

Medienmitteilung der SEEBRÜCKE Schweiz

Zürich 07. September 2020

250 Menschen demonstrieren “Gemeinsam gegen Rassismus”

In Zürich fand am vergangenen Samstag, den 05.09.2020, eine breit abgestützte Demonstration unter dem Motto “Gemeinsam gegen Rassismus” statt. Es beteiligten sich rund 250 Menschen. In den Redebeiträgen wurde die Diversität der Themen im Kontext Rassismus und die Standpunkte und Emotionen der Betroffenen und der Aktivist*innen deutlich. Gesprochen wurde über die Situation queerer People of Colour und die Privilegien, die vom Aufenthaltsstatus abhängig sind. Es wurden die wichtigen Forderungen von Exit Racism vorgetragen. Einem Redebeitrag des Alarmphones wurde auf die täglichen Push-backs auf dem Mittelmeer und die unterlassene Hilfeleistung auf See durch die EU-Staaten aufmerksam gemacht. Die SEEBRÜCKE betonte, dass man die neue “Normalität des Sterbenlassens auf dem Mittelmeer” nicht akzeptieren dürfe und auch die Schweiz in der Verantwortung steht.

Ein Bündnis von We'll Come United und mehr als 40 Organisationen, Initiativen und Gruppen hatte unter dem Motto „United against Racism – Für eine Gesellschaft der Vielen!“ zu antirassistischen Aktionstagen vom 02. – 05.09.2020 aufgerufen. Der 5. September 2020 markierte das 5-jährige Jubiläum des "March of Hope" auf der sogenannten Balkanroute. Mit diesem gelang im langen Sommer der Migration 2015 der Durchbruch an den europäischen Aussengrenzen. Eine Dynamik des Kommens und Willkommens, die wir nicht vergessen. An den Aktionstagen beteiligten sich Initiativen aus Deutschland, Frankreich, Österreich und der Schweiz. Es fanden Kundgebungen und Demonstrationen statt, es wurden Kunstinstallationen aufgestellt und vielfältige weitere Veranstaltungen organisiert.

Neben der Stärkung solidarischer Netzwerke hatten die Aktionstage auch politische Ziele. Die SEEBRÜCKE Schweiz fordert, dass sich die Schweiz aktiv an der Seenotrettung beteiligt und eine rasche Aufnahme von aus Seenot geretteten Menschen ermöglicht. Aus diesem Grund fordern wir von Städten, Kantonen und dem Bund, dass sie sich solidarisch mit Flüchtenden auf dem Mittelmeer erklären.

Wir fordern, dass alle politischen, ökonomischen und sozialen Möglichkeiten für die Rettung von Menschen auf der Flucht ausgeschöpft werden, die der Schweiz zur Verfügung stehen. Die Schweizer Politik muss sich ihrer Verantwortung bewusst werden - auch in Hinsicht auf die anderen europäischen Staaten, die sich konsequent aus ihrer humanitären Verantwortung herausreden.

Im Anhang finden Sie Bilder der Kundgebung.

Für weitere Informationen:

Anne Noack

schweiz@seebruecke.org

077 428 67 04